



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission  
vom: 20. September 2010  
zur Vorlage Nr.: [2010-155](#)  
Titel: **Bericht zum Postulat [2007/083](#) von Regula Meschberger: Änderung des Bürgerrechtsgesetzes; Zulassung von Einbürgerungskommissionen**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

### betreffend den Bericht zum Postulat [2007/083](#) von Regula Meschberger: Änderung des Bürgerrechtsgesetzes; Zulassung von Einbürgerungskommissionen

Vom 20. September 2010

#### 1. Ausgangslage

Landrätin Regula Meschberger verlangte in ihrem am 19. April 2007 eingereichten Vorstoss eine Änderung des Bürgerrechtsgesetzes, «wonach die Gemeinden eine Einbürgerungskommission zur Eignungsprüfung einsetzen können». Dies entspreche dem Wunsch verschiedener Gemeinden, hiess es im begründenden Text.

Der Landrat beschloss am 24. April 2008 mit 47:20 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den – als Motion eingereichten – Vorstoss in der Form eines Postulats zu überweisen und beauftragte somit den Regierungsrat, den Vorschlag zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

Der Regierungsrat ist dem Auftrag mit seiner Vorlage vom 20. April 2010 nachgekommen und beantragt, das Postulat 2007/083 als abzuschreiben. Insbesondere wegen der Wichtigkeit des Unmittelbarkeitsprinzips im Einbürgerungsverfahren möchte der Regierungsrat nichts daran ändern, dass das Einbürgerungsgespräch (und in dessen Rahmen die Integrationsabklärung) in der Kompetenz des Bürgerrates bzw. des Gemeinderates verbleiben soll. Dieses Verfahren sei gut eingespielt und habe sich bewährt. Der Sonderfall Birsfelden, wo es keine Bürgergemeinde gibt, lasse sich mittels der Gründung einer Bürgergemeinde und der Einsetzung eines Bürgerrates lösen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

#### 2. Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission

##### 2.1. Organisatorisches

Die Kommission befasste sich mit dem Geschäft an ihrer Sitzung vom 23. August 2010 im Beisein von Regierungsrätin Sabine Pegoraro, von Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion, und von Franziska Vogel Mansour, Leiterin der für Einbürgerungsfragen zuständigen Zivilrechtsabteilung 1.

##### 2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

##### 2.3. Stellungnahme der Sicherheitsdirektion

Aus Sicht der Verwaltung sind keine sachlichen Gründe ersichtlich, für die Integrationsabklärung eine weitere Instanz im schon heute komplexen Einbürgerungsverfahren vorzusehen. Die Prüfung der Integration erfolge aufgrund eines Gesprächs, anhand dessen sich der Bürger- bzw. Gemeinderat unmittelbar ein Urteil über den Integrationsstand der Gesuchsteller bilden könne. Um eine objektive Beurteilung der Integration zu ermöglichen, stehen den Bürger- bzw. Gemeinderäten ein umfangreicher Leitfaden sowie ein Musterreglement zur Verfügung. Wenn dieses Gespräch an Dritte delegiert würde, also an eine spezielle Kommission, hätte das zur Konsequenz, dass sich der Bürger- bzw. Gemeinderat kein eigenes Urteil über den Integrationsstand verschaffen könnte. Wäre der Bürger- bzw. Gemeinderat bei Einsetzung einer solchen Kommission weiterhin zuständig, zuhanden von Kanton und Bund Stellung zur Integration zu nehmen, bedeutete dies, dass er nicht aufgrund eigener Wahrnehmung seine Stellungnahme abgäbe. Dies wäre aus rechtsstaatlicher Sicht äusserst problematisch, ist doch das Unmittelbarkeitsprinzip bei diesem Verfahrensschritt von besonderer Bedeutung.

##### 2.4. Diskussion in der Kommission

Während sich die Kommissionsmehrheit obiger Sichtweise anschliesst und feststellt, der Auftrag des Postulats – Prüfen und Berichten – sei erfüllt und dieses sei abzuschreiben, wollte eine Minderheit mit dem Antrag auf Nichtabschreiben ein politisches Statement abgeben; weitere Vorstösse in dieser Sache wurden angekündigt.

Der Bürgerrat sei demokratisch gewählt und legitimiert, wurde zugunsten des heutigen Systems vorgebracht: Die Einbürgerungen gehörten zu den letzten hoheitlichen Kompetenzen, die den Bürgergemeinden noch verblieben seien. Für die Durchführung der Einbürgerungsgespräche sei der Bürgerrat das richtige Gremium, weil auch er es sei, der – als Kollektivbehörde – seine Anträge letztlich vor der Bürgergemeindeversammlung vertreten und begründen müsse, und nicht irgend eine andere Stelle, ganz egal wie kompetent diese wäre.

Die Befürworter/innen von Einbürgerungskommissionen bemerkten, den Bürgergemeinden solle nichts weggenommen, sondern es solle die Möglichkeit geschaffen werden, Einbürgerungskommissionen einzusetzen, wo das gewünscht wird. Ein immer grösser werdendes Problem sehen sie in der Rekrutierung neuer Behördenmitglieder. Die Bürgergemeinden hätten sehr viele verschiedene Aufgaben zu bewältigen. Wer sich eigne für die Bewirtschaftung der Forsthütte und des Waldes, müsse deshalb noch lange nicht der/die Richtige sein für Einbürgerungsgespräche. Mancherorts führe dieses Problem zur Fusion der Bürger- mit der Einwohnergemeinde; und daraus resultiere dann eine noch stärkere Belastung des Gemeinderates. Um diesem Trend entgegenzusteuern, wäre die Einsetzung einer Einbürgerungskommission sinnvoll. In Basel-Stadt beispielsweise führe eine Kommission der Bürgergemeinde die Einbürgerungsgespräche, und das funktioniere gut. Das Unmittelbarkeitsprinzip sei, besonders in grösseren Gemeinden, heute schon durchbrochen, da nur wenige Bürgerräte zusammen mit dem Sekretariat die Gespräche führten.

Bemängelt wurde in der Kommission, dass die Vorlage keinen Vergleich mit anderen Kantonen enthalte.

---

### 3. Antrag an den Landrat

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 6:4 Stimmen bei zwei Enthaltungen, das Postulat [2007/083](#) abzuschreiben.

Binningen, 20. September 2010

*Für die Justiz- und Sicherheitskommission:  
Urs von Bidder, Präsident*